

Das „Jobwunder“ in Baden-Württemberg – eine einzige Erklärung gibt es nicht

Trotz des starken konjunkturellen Einbruchs im Jahr 2009 ist die Beschäftigung in Deutschland kaum gesunken und nach der Krise sogar deutlich gestiegen. Dieses „deutsche Arbeitsmarktwunder“ steht im Gegensatz zur Entwicklung in anderen Industrieländern, in denen eine weniger starke Rezession als in Deutschland, aber zugleich ein weitaus stärkerer Anstieg der Arbeitslosigkeit zu beobachten war. Eine neue Studie des IAW über die Beschäftigungsentwicklung in Baden-Württemberg analysiert die Ursachen dieser relativ günstigen Entwicklung. Die Ergebnisse beruhen auf einer repräsentativen Erhebung mit Daten für ca. 1.000 Betriebe, dem IAB-Betriebspanel für Baden-Württemberg.

Die Ergebnisse zeigen, dass es keine universelle Erklärung für das „deutsche Jobwunder“ gibt. Die Unternehmen haben auf unterschiedliche Art auf die Wirtschaftskrise reagiert. Geholfen haben die Arbeitsmarktreformen des letzten Jahrzehnts, die zusätzliche Instrumente der Anpassung bereitgestellt haben.

- Insgesamt haben viele Betriebe Arbeitskräfte „gehört“, sie also wei-

terbeschäftigt, obwohl sie aktuell nicht gebraucht wurden. Wesentlich mehr Betriebe hielten den Beschäftigungsstand konstant, obwohl man aufgrund des langfristigen Zusammenhangs zwischen Output und Beschäftigung Entlassungen erwartet hätte.

- Eine Erklärung dafür ist, dass die finanziellen Anreize zur Nutzung von Kurzarbeit ausgedehnt wurden. Folglich kam es zu einem nie dagewesenen Anstieg dieser Beschäftigungsform (s. Abb.). Genutzt haben dies vor allem das verarbeitende Gewerbe, größere Betriebe und Bereiche mit hoher Wettbewerbsintensität. Auch im privaten Dienst-



Fortsetzung Seite 2

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

die wirtschaftspolitische Diskussion in Deutschland wird seit Monaten vom Thema Staatsschuldenkrise beherrscht. Im Hintergrund ist die Frage stets präsent, was dies für die realwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland bedeutet. Zwar wird die gute wirtschaftliche Entwicklung derzeit stark von der Binnen- nachfrage getrieben. Dennoch bleibt die außenwirtschaftliche Entwicklung von zentraler Bedeutung.

In dieser Situation ist es gut, wenn die Verarbeitung von externen Schocks in Deutschland möglichst reibungslos von sich geht. In der Krise von 2008 und 2009 wurde der erwartete Anstieg der Arbeitslosigkeit vermieden. Zur Erklärung müssen mehrere Ursachen herangezogen werden. Die gestiegene Produktionseffizienz, die hohe Arbeitszeitflexibilität, die maßvolle Lohnpolitik, die finanziellen Reserven der Unternehmen, dazu der Impuls durch großzügige Kurzarbeitsregelungen – nichts davon erklärt die gute Arbeitsmarktentwicklung allein, wie unser Beitrag auf dieser Seite zeigt. Aber das Zusammenwirken dieser Faktoren hat geholfen, die Krise 2009 zu bewältigen. In der Wirtschaftspolitik braucht es viele sinnvolle Regelungen auf den einzelnen Handlungsfeldern und nicht immer einen großen Masterplan. Solange es sich nicht um den Haushalt Griechenlands handelt.

Eine interessante Lektüre wünscht

Prof. Dr. Bernhard Boockmann

Aus dem Inhalt:

Editorial	1
Das „Jobwunder“ in Baden-Württemberg – eine einzige Erklärung gibt es nicht.....	1
Forschungsberichte aus dem IAW:	
Arbeitsmarktpolitische Instrumente:	
Handlungsspielräume können nicht genutzt werden.....	2/3

Kommunen in Baden-Württemberg:	
Kinderbetreuungsplätze fehlen weiterhin	2
IAW-Publikationen	2
Konferenzen	3
Vorträge / Interviews.....	4
Personalien	4
Impressum / Kontakt.....	4

Weitere Infos zum IAW sowie aktuelle Pressemitteilungen finden Sie im Internet unter www.iaw.edu

leistungsbereich und in weniger wettbewerbliehen Branchen wurden Arbeitskräfte „gehörtet“, Kurzarbeit wurde dazu aber weniger in Anspruch genommen.

- Die rechtlichen und tarifvertraglichen Entwicklungen der letzten Jahre haben den Arbeitsmarkt anpassungsfähiger gemacht. Insbesondere Arbeitszeitkonten bewirken, dass bei einem Einbruch weniger Stunden gearbeitet werden, so dass keine Arbeitskräfte freigesetzt werden. Sie sind aber eher ein Instrument zur Bewältigung „normaler“ Schwankungen und haben

bei der Bewältigung der Krise nach 2007 nicht in überdurchschnittlichem Maße geholfen.

- Zu erwarten gewesen wäre auch, dass das dreigliedrige Bankensystem bei der Bewältigung der Krise unterstützend gewirkt hat, indem es die Kreditversorgung für unterschiedliche Arten von Betrieben sicherstellen konnte. Hierfür findet sich allerdings keine Evidenz.

Fazit: Wegen der Unterschiede in der Bewältigung der Krise sollte die Politik künftig nicht einem einzigen wirtschaftspolitischen Instrument Priorität einräumen.

men. Sie sollte es vielmehr den Betrieben ermöglichen, in schwierigen konjunkturellen Situationen ihren eigenen Weg aus der Krise zu finden und ihnen dann ein vielfältiges Instrumentarium an Maßnahmen an die Hand geben.

→ Olga Bohachova/Bernhard Boockmann/Claudia Buch: Labor Demand During the Crisis? IAW Diskussionspapier Nr. 76, www.iaw.edu

Ansprechpartner: Prof. Dr. Bernhard Boockmann, bernhard.boockmann@iaw.edu

Arbeitsmarktpolitische Instrumente: Handlungsspielräume können nicht genutzt werden

Seit Anfang Januar 2009 ist das Gesetz zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente für benachteiligte Jugendliche und junge Erwachsene unter 25 Jahren in Kraft. Mit dieser Reform sollten die Arbeitsvermittlung gestärkt, erfolgreiche Instrumente weiterentwickelt und ineffiziente abgeschafft sowie die Leistungen in der Grundsicherung neu geordnet werden. Im Fokus der jetzt veröffentlichten Expertise des IAW steht die Relevanz der Neuregelungen für benachteiligte Jugendliche, die Umsetzung der neuen Instrumente in der Praxis und mögliche Probleme und nicht intendierte Nebeneffekte. Die Studie beruht auf umfangreichen standardisierten und nicht standardisierten Befragungen.

Neu im Gesetz war die Einführung des so genannten Vermittlungsbudgets nach § 45 SGB III, in dem Leistungen zusam-

mengefasst werden, die vor der Reform in Einzelvorschriften geregelt waren. Ob Leistungen gewährt werden, liegt nun stärker im Ermessen der einzelnen Vermittler und Vermittlerinnen, so dass die Jobcenter insgesamt freier über den Umfang von Leistungen entscheiden können. Diese neuen Freiheiten wurden zwar von allen Akteuren begrüßt, die Handlungsspielräume wurden aber in der Regel nicht ausgeschöpft. Die gewährten Leistungen waren meistens die gleichen wie vor der Reform.

Bei den Berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen nach §§ 61 SGB III ff. wurde der Anspruch auf Vorbereitung auf einen Hauptschulabschluss gesetzlich verankert. Dies wurde durchweg positiv beurteilt. Dafür entfiel die Möglichkeit, den Hauptschulabschluss auch außerhalb dieser Maßnahmen nachzuholen, was von vielen Akteuren kritisch beurteilt wurde.

Zu einer Erhöhung der dezentralen Handlungsspielräume wurden sowohl im Bereich der Arbeitsförderung nach dem SGB III als auch im Bereich der Grundsicherung nach dem SGB II neue Instrumente eingeführt. In der Praxis ist jedoch festzustellen, dass diese neuen Möglichkeiten kaum genutzt werden. Es besteht große Unsicherheit in der Anwendung der neuen Paragraphen, so dass eher auf Regelinstrumente, zum Beispiel auf die Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung, zurückgegriffen wird.

→ Die Studie im Auftrag des Kooperationsverbands Jugendsozialarbeit kann unter www.iaw.edu kostenlos heruntergeladen werden.

Ansprechpartnerin: Regina Weber, regina.weber@iaw.edu

Neue IAW-Publikationen

→ www.iaw.edu/publikationen

IAW Policy Report

Nr. 8: Katja Neugebauer / Julia Spies: Länderbericht Deutschland: Wie haben Exportunternehmen die Krise bewältigt?

Weitere IAW-Diskussionspapiere

Nr. 75: Farid Toubal / Julia Spies / Alireza Naghavi: International Sourcing, Product Complexity and Intellectual Property Rights'

Nr. 74: Jörn Kleinert / Julia Spies: Endogenous Transport Costs in International Trade

Kommunen in Baden-Württemberg: Kinderbetreuungsplätze fehlen weiterhin

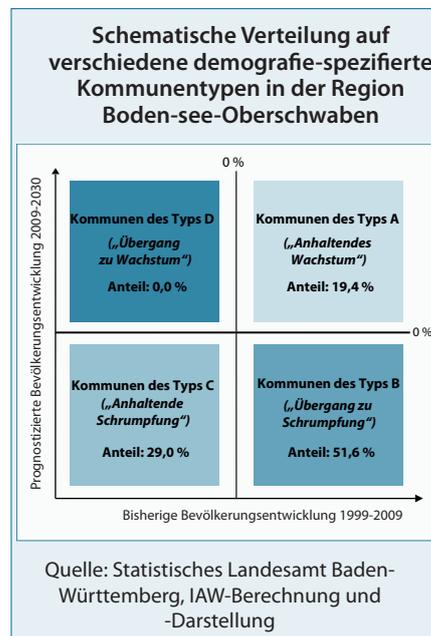
Die Kommunen müssen sich auf erhebliche demografische Umwälzungen einstellen. Dies zeigt der neue Demografie-Atlas Bodensee-Oberschwaben des IAW. Ausgangspunkt ist die vom Statistischen Landesamt aufgestellte Prognose, wonach die Einwohnerzahl bis zum Jahr 2030 um 3,9% zurückgehen wird. Dies liegt oberhalb des für Baden-Württemberg erwarteten Rückgangs von 3,3%. Dies gilt, obwohl die Region noch mit Wanderungsgewinnen rechnen kann. Die Abbildung zeigt, dass nur etwa ein Fünftel der Kommunen mit einem anhaltenden Wachstum rechnen kann.

In der Zeit von 1999 bis 2009 hat in der Region die Arbeitsplatzquote, d.h. die Relation Arbeitsplatzanzahl zur Zahl der Wohnbeschäftigten, mit -0,5% in einer ähnlichen Größenordnung abgenommen wie im Landesdurchschnitt (-0,4%) für vergleichbare Gemeindegrößenklassen. Hinsichtlich der Arbeitsmarktlage hat sich die Region zwischen 1999 und 2009 im Vergleich zum Land Baden-Württemberg sehr dynamisch entwickelt. Sowohl die Anzahl der Arbeitsplätze als auch die Anzahl der in der Region lebenden Beschäftigten nahmen stärker zu als im Landesdurchschnitt für

vergleichbare Gemeindegrößenklassen. Das Verhältnis von Arbeitsplätzen zu ansässigen Beschäftigten entwickelte sich mit -0,4% ähnlich wie im Landesdurchschnitt (-0,5%). In der Zukunft ist jedoch für die Region mit einer Verlangsamung der Dynamik zu rechnen.

Für die künftige Bevölkerungsentwicklung dürfte mitentscheidend sein, ob die Kommunen der Region die Bedingungen hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern.

Bei der Betreuungsquote für Kinder im Alter unter 3 Jahren schneiden die Kommunen der Region zwar etwas besser ab als die Kommunen der entsprechenden Größenklassen auf Landesebene (2009: 12,8 gegenüber 12,2%), gleichwohl bleibt auch hier – gemessen an der allgemein starken Nachfrage nach Betreuungsplätzen dieser Altersgruppe – noch eine gewaltige Unterversorgung. Zwar ist die Pro-Kopf-Kommunalverschuldung in der Region höher als im Landesdurchschnitt, jedoch empfiehlt das IAW den Städten und Gemeinden, noch mehr entsprechende Kinderbetreuungsplätze zu schaffen.



→ Der Demografie-Atlas wurde im Auftrag der IHK Bodensee-Oberschwaben erstellt und enthält weitere Indikatoren aus den Themenfeldern Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Kommunalfinanzen und Nahversorgung. Er kann kostenlos unter www.iaw.edu heruntergeladen werden.

Ansprechpartner: Dr. Raimund Krumm (raimund.krumm@iaw.edu)

KONFERENZEN

Beiträge des IAW auf wichtigen nationalen und internationalen Konferenzen

25. - 29. August 2011
26th Annual Congress of the European Economic Association (EEA), Oslo

„Labor Demand during the Crisis: What happend in Germany?“
 Claudia M. Buch

„All You Need is Trade: On the In(ter)-dependence of the Trade and Asset Holdings in Gravity Equations“
 Katja Neugebauer

30. August - 3. September 2011
51. Kongress der European Regional Science Association (ERSA), Barcelona

„Transport Costs in International Trade“
 Julia Spies

„Banks in Space: Does Distance Really Affect Cross-Border Banking?“
 Katja Neugebauer

4. - 7. September 2011
Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik in Frankfurt/M.:

„All You Need is Trade: On the In(ter)-dependence of the Trade and Asset Holdings in Gravity Equations“
 Katja Neugebauer

„Transport Costs in International trade“
 Julia Spies

The Tradeoff Between Redistribution and Effort: Evidence from the World Value Survey
 Claudia M. Buch / Christoph Engel

Crises and Rescues: A Description of Intenational Banks' Responses
 Claudia M. Buch / Michael Koetter / Cathérine Koch

8.-10. September 2011
13. Jahrestagung der European Trade Study Group (ETSG), Kopenhagen

„Transport Costs in International Trade“
 Julia Spies

VORTRÄGE / INTERVIEWS

21.07.2011: Andreas Koch: „Elektromobilität als Baustein zukunftsfähiger Entwicklung in Baden-Württemberg? Eine Bestandsaufnahme kommunaler Handlungsfelder für neue Wege der Mobilität“, Vortrag bei der Jahrestagung 2011 des Arbeitskreises Verkehr der Deutschen Gesellschaft für Geographie (DGfG), Tübingen:

01.08.2011: Claudia Buch: „Regulierung von Banken und makroökonomische Risiken“, Vortrag im Rahmen der Sommeruniversität der Stadt Tübingen.

01.08.2011: Raimund Krumm: Präsentation des Demografie-Atlas Bodensee-Oberschwaben, Pressekonferenz der IHK Weingarten.

20.09.2011: Bernhard Boockmann: „Individuelle Übergangsbegleitung‘ junger Menschen in den Beruf: Ergebnisse aus der Evaluation ‚Berufseinstiegsbegleitung‘ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales“, Vortrag beim 6. BIBB-Berufsbildungskongress 2011 „Kompetenzen entwickeln – Chancen eröffnen“, Berlin.

13.10.2011: Claudia Buch: „Regulierung von Banken und makroökonomische Risiken“, Vortrag in Veranstaltungsreihe „Zu Gast bei der Bundesbank Stuttgart“.

18.10.2011: Workshop „The Costs and Benefits of International Banking“ im Bundesbank Training Centre, Eltville, mitorganisiert von Prof. Dr. Claudia Buch.

Interviews

11.08.2011: Raimund Krumm: Einschätzung zur möglichen US-Wirtschaftskrise und deren Relevanz für die baden-württembergische Wirtschaft, SWR 4.

12.08.2011: Raimund Krumm: Turbulenzen an den Finanzmärkten – Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg und die Region Stuttgart“, Die Neue 107.7.

19.08.2011: Raimund Krumm: Börsenturbulenzen, Finanzmarktregulierung, Risiken für die deutsche Konjunktur, Interview, SWR-Fernsehen.

PERSONALIA



Dr. Martin Rosemann

Zum 31. August 2011 beendete **Dr. Martin Rosemann** nach fast zehn Jahren seine sehr erfolgreiche Tätigkeit am IAW und wechselte an das Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH (ISG) als Leiter des Berliner Büros. In einigen bereits laufenden Projekten wird Martin Rosemann auch weiterhin mit dem IAW kooperieren.

Dr. Daniela Witzcak, von August 2005 bis November 2009 als wissenschaftliche Mitarbeiterin am IAW tätig, wurde am



Dr. Daniela Witzcak

25. Juli 2011 an der Universität Hohenheim promoviert. Ihre während der IAW-Zeit begonnene Dissertation „Reforminduzierte Anpassungen des zu versteuernden Einkommens“ wurde von Prof. Dr. Gerhard Wagenhals und PD Dr. Peter Gottfried begutachtet.

Professor Dr. Matthias Lücke, Mitglied des IAW-Kuratoriums und Kooperationspartner im Projekt „Europe’s Global Linkages and the Impact of the Financial Crisis: Policies for Sustainable Trade,

Capital Flow, and Migration“ im Auftrag der Volkswagen Stiftung wurde im Juli 2011 der Titel Honorarprofessor an der Universität Kiel verliehen.



Prof. Dr. Matthias Lücke



Christoph Schröder

Seit Oktober 2011 unterstützt Dipl.-Volkswirt **Christoph Schröder** das IAW-Team im Projekt „Europe’s Global Linkages and the Impact of the Financial Crisis“.

Zahlreiche Praktikantinnen und Praktikanten sowie Hilfskräfte haben in den vergangenen Monaten tatkräftig in den Forschungsprojekten am IAW mitgearbeitet. Ein Praktikum absolvierten: Magdalena Blaß, Anne Feuersinger, Marissa Frey, Johannes Geibel, Janine Gölz, Rebecca Gruschka, Maíra Sontag-González, Michael Gießler, Christine Hauck, Bastian Herre, Lukas Henkel, Stefan Lorenz, Isabelle Meuser, Daniel Pastuh, Ruth Persian, Katharina Pfaff, Frauke Steglich, Moritz Valet, Lena Warsaw. Neu begonnen haben: Fabian Gabor, Lars Paulsen, Jonas Ramolla, Stefan Grimm, Till Zbiranski, Marie-Christin

Besuch des Ministerialdirektors Daniel Rosta im IAW

Am 2. August 2011 besuchte Daniel Rosta, Ministerialdirektor im Finanz- und Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg, erstmals das IAW. Bei seinem Antrittsbesuchs informierte er sich u.a. über die allgemeine Wettbewerbs- und Finanzsituation des Instituts, aktuelle Forschungsarbeiten des IAW sowie über die vom IAW jährlich durchgeführte Auswertung des „IAB-Betriebspanels“ für Baden-Württemberg.

Scholl, Janina Hundenborn, Borislava Ivanova, Katja Seidel und Andreas Wohlhüter. Nach teilweise längerer Mitarbeit am IAW haben ihre Tätigkeit beendet: Martin Adler, Sarah Hofmann, Janina Anna Licht, Jasper Meyer, Stephanie Hohendorff und Lotte Westermann. Das IAW dankt allen für ihre Unterstützung.

Impressum

Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e.V.

Ob dem Himmelreich 1, 72074 Tübingen
Tel. 07071/9896-0, Fax: 07071/9896-99
iaw@iaw.edu, www.iaw.edu

Verantwortlich: Prof. Dr. Bernhard Boockmann (Geschäftsführer).

Die IAW-News werden vorzugsweise per E-Mail versandt.